POLIPEDIA.AT

DEMOKRATIE – POLITIK – PARTIZIPATION

DEMOKRATIE UND RECHTE IN DER ARBEITSWELT

FACTSHEET 9

TIMELINE FRAUENRECHTE

Rechte der Frauen in der Arbeitswelt

1848: Am 28. August wird in Wien der erste „Wiener demokratische Frauenverein" gegründet. Das Datum gilt als Beginn der Frauenbewegung in Österreich

1848: Erste Frauendemonstration in Österreich

1871: Gründung des ersten Arbeiterinnen-Bildungsvereins.

1908: Am 8. März streikten in New York Textilarbeiterinnen, 129 sterben. Seit 1921 ist der 8. März der Weltfrauentag.

1911: Verbot der Nacharbeit von Frauen in Industriebetrieben.

1918: Frauenwahlrecht wird in Österreich beschlossen

1920: Art 7 BVG: „Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich, Vorrechte sind ausgeschlossen"

1938–1945: Rückgriff des Nationalsozialismus auf „Germanisches Recht" ⇨ völlige Geschlechtsvormundschaft, Idealbild der opferbereiten deutschen Mutterfrau wird gestärkt. Diskriminierung der Frauen im politischen sowie im privaten Bereich

Nach 1945: Stand vor 1938 wiederhergestellt

1953: Der Staat Österreich unterschreibt Übereinkommen über gleichen Lohn für gleiche Arbeit

1957: Mutterschutzgesetz

1969: Nachtarbeitsverbot für Frauen

1971: Karenz wird als Ersatzzeit für Pension angerechnet.

1973: Einführung der Individualbesteuerung. Frauen werden damit im Steuerrecht erstmals als individuelle Person und nicht Teil des Haushalts des Mannes begriffen.

1974: Verbesserungen von Karenz und Mutterschutz

1974: Einführung der Mutterkindpass-Untersuchung. Starke Reduktion der Säuglingssterblichkeit.

1975: Im Internationalen Jahr der Frauen findet erstmals eine UN-Weltfrauenkonferenz

1976: Familienrechtsreform: Gleichberechtigungsgrundsatz, Recht auf Persönlichkeitsentwicklung und Berufstätigkeit, Einvernehmliche Gestaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft

1976: Pflegefreistellung wird eingeführt.

1979: Gleichberechtigungsgesetz für die Privatwirtschaft. Es darf keine eigenen Frauenlohngruppen in Kollektivverträgen mehr geben.

1980: Österreich unterzeichnet die UN-Konvention zur Beseitigung von Diskriminierung von Frauen

1990: Elternkarenz wird für Väter möglich

1992: Antidiskriminierungsgesetz findet Einzug im Arbeitsrecht

1993: Quotenregelung durch Bundes-Verfassungsgesetz: Der Staat fördert materielle Gleichstellung

1997: Frauenvolksbegehren: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. 644.665 Personen unterzeichnen.

1997: Gender Mainstreaming wird von der EU im Vertrag von Amsterdam festgehalten

2004: EU-Richtlinie gegen Diskriminierung auf Grund des Geschlechts beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen

2007: Einführung der Bezugsvarianten beim Kinderbetreuungsgeld.

2009: Die Gleichstellung von Männern und Frauen im öffentlichen Haushaltswesen wird in der Verfassung verankert

2010: Einführung einer kurzen Pauschalvariante und dem einkommensabhängigen Kindergeld.

2010: Öffentliche Aufträge werden an betriebliche Gleichstellung gekoppelt.

2011: Betriebe müssen die durchschnittlichen Einkommen ihrer männlichen und weiblichen MitarbeiterInnen offenlegen.

© Demokratiezentrum Wien, 2013

Demokratiezentrum Wien
www.demokratiezentrum.org

in Kooperation mit der
AK WIEN
www.arbeitsweltundschule.at